

Appenzellerland

Nachgefragt Scherenschnitte für Hotelgäste

Das Hotel Heiden beherbergt die Scherenschnittausstellung von **Iris Mäder-Luchsinger**, die bis Ende Januar 2019 besucht werden kann. Die Künstlerin erzählt, welche Motive sie darstellt und weshalb sie kein Chirurgenbesteck benutzen möchte.

Iris Mäder-Luchsinger, wann haben Sie angefangen, Scherenschnitte herzustellen?

Als ich zehn Jahre alt war, habe ich zusammen mit meiner Grossmutter meinen ersten Scherenschnitt hergestellt. Für eine längere Zeit interessierte ich mich aber nicht mehr für Scherenschnitte. Erst Jahre später brachte mich meine Schwester wieder auf die Idee, solche herzustellen.

Wie lange brauchen Sie für eine solche Kreation?

Das ist von Motiv zu Motiv verschieden. Für einige habe ich schon gegen die 100 Stunden investiert.

Was stellen Sie auf Ihren Bildern dar?

Hauptsächlich verwende ich Motive aus dem Leben, was mir gerade durch den Kopf geht, oder häufig die vier Jahreszeiten. Ich mag es nicht, wenn mir genau vorgegeben ist, was und wie etwas auf das Bild soll. Bei der Gestaltung bin ich lieber frei, da ich häufig nicht lange vorzeichne, sondern gleich drauflos schneide.



Iris Mäder-Luchsinger stellt Scherenschnitte her. Bild: PD

Verwenden Sie spezielle Werkzeuge?

Viele in meiner Branche arbeiten mit Lupen, Zirkeln und Skalpell. Ich schneide meine Bilder nur mit einer Nagelschere. Mir gefällt es besser, wenn meine Arbeiten keine ganz exakten geometrischen Formen haben, das gibt den einzelnen Motiven mehr Bewegung und Ausdruck.

Haben Sie sich in Ihrer Laufbahn als Scherenschnitt-Künstlerin oft verschnitten?

Ab und zu. Bei meinen Bildern ist nichts angeklebt. Wenn ich mich verschnitten habe, musste ich mir überlegen, ob ich etwas anderes aus meinem Bild machen könnte.

Welche Fähigkeiten sind wichtig, wenn man dieses Handwerk selber erlernen möchte?

In meinen Augen kann es jeder erlernen. Man muss nur viel üben und eine Menge Geduld aufbringen. Die Hauptsache ist, dass man am Schluss ein Resultat in den Händen hält, welches man selber gestaltet hat. (li)

Leitkommentar zur unsicheren Zukunft der Strafanstalt Gmünden

Paul Signer muss endlich handeln



Die Infrastruktur der Strafanstalt Gmünden ist veraltet. Ein Neubau würde bis zu 30 Millionen Franken kosten.

Bild: Martina Basista

Der Vorgang wurde zur angenehmen Gewohnheit: Seit der Einführung des Globalbudgets 2016 übertraf die Strafanstalt Gmünden die Gewinnvorgabe des Regierungsrates Jahr für Jahr. Der Beifall vieler Teile des Kantonsrats war den Verantwortlichen jeweils gewiss. Dass dieser vermeintliche «Erfolg» eine Schattenseite hat, wurde aber spätestens diese Woche klar. So kündigte Landammann Paul Signer am Montag während der Kantonsratsdebatte an, bis Ende April 2019 alle strategischen Optionen für «Gmünden» zu prüfen. Selbst eine Schliessung schloss er explizit nicht aus. Einzelne Kantonsrätinnen und Kantonsräte zeigten sich überrascht, wie ernst die Lage ist. Das erstaunt. Warnsignale gab es seit langem mehr als

genug. So wies die Staatswirtschaftliche Kommission (StwK) mehrmals auf die kritischen Zustände hin. Zuletzt tat sie dies mit deutlichen Worten in ihrem Bericht 2017. Darin ist von «prekären infrastrukturellen, sicherheitstechnischen und personellen Bedingungen» die Rede. Bereits 2011 empfahl die StwK eine grundlegende Überprüfung der Situation. Auch die Überbelegung war immer wieder ein Thema. Spätestens nachdem die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter die baulichen Mängel beanstandet hatte, hätten die Alarmglocken läuten müssen. Allein: Passiert ist bis heute wenig.

Die Geschehnisse der vergangenen Jahre rund um «Gmün-

den» sind ein Beispiel dafür, wie Probleme in der Politik auf die lange Bank geschoben werden. Verantwortlich dafür ist in erster Linie der Vorsteher des Departements Sicherheit und Inneres, dem die Strafanstalt untersteht. Dass Paul Signer eine gründliche Lagebeurteilung machen wollte, ist verständlich. Warum aber benötigt er dafür mehrere Jahre? Immerhin ist Signer schon seit 2013 im Amt und hätte für eine Analyse mehr als genug Zeit gehabt.

Mitverantwortlich für das Desaster ist auch der Kantonsrat. Zum letzten StwK-Bericht gab es beispielsweise keine nennenswerte Diskussion oder gar konkrete Forderungen an die Regierung. Einzig die SP-Fraktion kritisierte die Gewinn-

orientierung immer wieder, zuletzt am Montag. Ein Problem in diesem Zusammenhang sind die dünnen Informationen, welche die Kantonsräte zur Strafanstalt jeweils vorgelegt bekommen. Die Unterlagen zum Globalkredit mit Leistungsvereinbarung umfassen kaum mehr als zehn Seiten. Vorwiegend enthalten sie betriebswirtschaftliche Aspekte. Einen ganzheitlichen Blick vermittelt der Bericht indes nicht. Überhaupt scheint die Fixierung bei der Führung der Gefängnisse auf finanzpolitische Aspekte überhandgenommen zu haben. Selbstverständlich muss der Kanton mit seinen Mitteln haushälterisch umgehen. Allerdings sollte der Strafvollzug nicht als Geldmaschine für die Kantonsfinanzen dienen.

Leidtragende der unbefriedigenden Situation sind die Mitarbeitenden. Die hohe Fluktuation in der jüngsten Vergangenheit ist ein schlechtes Zeichen und zeigt, dass es intern grössere Probleme geben muss. Mit der ungewissen Zukunft der Strafanstalt dürfte die Nervosität steigen. Nur schon deshalb braucht es nun zeitnah einen klaren Entscheid – wie auch immer dieser ausfällt.



Jesko Calderara
jesko.calderara@appenzellerzeitung.ch

Regierung lehnt Volksinitiative ab

Ausserrhoden Die Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» sei inhaltlich zu eng gefasst, so der Regierungsrat. Bei der IG Starkes Ausserrhoden stösst die Kritik auf wenig Verständnis.

Mit der Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» will die IG Starkes Ausserrhoden erreichen, dass die Gemeindefusionen aus der Verfassung gestrichen werden. Überdies soll der Kanton Zusammenschlüsse von Gemeinden unterstützen und fördern. Der Ausserrhoder Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag ab. Es wird kein Nutzen darin erkannt, zumal aktuell in den Gemeinden keine Fusionsbestrebungen bekannt seien. Des Weiteren sei die Initia-

tive inhaltlich zu eng gefasst, widersprüchlich und schwäche die Gemeinden. Und wörtlich: «Eine Verbesserung mit Blick auf die Gemeindefusionen sollte nicht mit einer isolierten Vorlage angegangen, sondern im Rahmen der ohnehin anstehenden Totalrevision der Kantonsverfassung geprüft werden.»

IG hat mit dieser Antwort gerechnet

Roger Sträuli, Präsident der IG Starkes Ausserrhoden, kann der

Begründung nichts abgewinnen. Zwar hätten sie mit dieser Antwort gerechnet, doch die Totalrevision der Kantonsverfassung sei nicht der Weg, um mit ihrem Anliegen zum Ziel zu kommen. Ihr Anliegen sei ein sehr Zentrales, das auch Basis für andere Anliegen sein soll. Des Weiteren macht Roger Sträuli auf die fehlende Gewähr aufmerksam, dass eine Totalrevision dereinst überhaupt vom Volk angenommen werde. Für Roger Sträuli ist klar: Die IG Starkes Ausserrhoden wird sich

weiterhin für diese Initiative einsetzen. Sie wird voraussichtlich im Februar 2019 im Kantonsrat in erster Lesung behandelt und soll im Herbst 2019 zur Abstimmung kommen.

Die Regierung dürfte in diesem anstehenden Prozess auf ihre Haltung setzen und unterstreichen, was auch aus der aktuellen Medienmitteilung hervorgeht: Wesentliche Fragen würden bei der Initiative offen bleiben; insbesondere, ob die Gemeinden künftig in einem Ge-

setz oder in einer Verordnung aufzuzählen seien. «Da die Initiative auf einen entsprechenden Vorschlag verzichtet, nimmt sie eine staatspolitische Abwertung der Stellung der Gemeinden in Kauf», heisst es. Das sei für den Regierungsrat vor dem Hintergrund der historisch und politisch bedeutenden Stellung der Gemeinden in Appenzell Ausserrhoden nicht hinnehmbar.

Roger Fuchs
roger.fuchs@appenzellerzeitung.ch